

Rheingauer Bürgerfreund

Gescheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
an letzterer Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatte.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Crägerlohn oder Postgebühr.)
Inseratenpreis pro sechsspalige Zeitseite 20 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

= Grösste Abonnentenzahl =
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Etienne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

N 18

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der bis zum 14. November ausgestellten Vergütungsausserkennisse über gemäß § 3 Absatz 1 und 2 des Kriegsleistungsgesetzes vom 13. 6. 1873 in den Monaten Juli bis November 1917, Januar 1918 März bis Mai 1918, Juli 1918 und Oktober 1918 gewährte Kriegsleistungen im Regierungsbezirk Wiesbaden werden hiermit aufgefordert, die Vergütungen bei der Regierungshauptkasse bzw. den zuständigen Kreiskassen gegen Rückgabe der Ausserkennisse in Empfang zu nehmen.

Es kommen die Vergütungen für Naturalquartier, Stellung, Naturalversorgung und Tourage in Betracht. Den in Frage kommenden Gemeinden wird von hier aus noch besondere mitgeteilt, welche Vergütungsausserkennisse in Frage kommen und wieviel die Sumsen betragen.

Auf den Ausserkennissen ist aber Betrag und Sumsen zu quittieren. Die Quittungen müssen aus die Reichshauptkasse laufen. Der Einlauf hält mit Ende dieses Monats auf. Die Auszahlung erfolgt gültig an die Inhaber der Ausserkennisse gegen deren Rückgabe. Zu einer Prüfung der Legitimation der Inhaber ist die zahlende Kasse berechtigt aber nicht verpflichtet.

Wiesbaden, den 22. Januar 1919.

Der Regierungspräsident.

J. A. gez. v. Hundeshausen.

Betr.: Festsetzung von Kleinhandelshöchstpreisen für Gemüse für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Am teilweisen Abänderung der in den Bekanntmachungen vom 26. November und 26. Dezember 1918 festgesetzten Kleinhandelspreise wird hierdurch bestimmt:

1. Der Kleinhandelspreis für Spinat wird aufgehoben.
2. Die Kleinhandelspreise für folgende Gemüsesorten werden wie folgt festgelegt:

Weißkohl	20 Pf. je Pfund
Wirsing	30 Pf. je Pfund
Grünkohl	30 Pf. je Pfund
gelbe Kohlrüben	12 Pf. je Pfund
weiße Kohlrüben	11 Pf. je Pfund

Obige Bestimmungen treten 3 Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Im übrigen bleibt es bei den in der Bekanntmachung vom 26. November getroffenen Bestimmungen.

Frankfurt a. M., Wiesbaden, den 28. Januar 1919.

Bezirksstelle für Gemüse und Obst für den Reg. Bez. Wiesbaden

Der Vorsitzende:
Droege, Schreiber Regierungsrat.

N. B. 77. Auf Anordnung der franz. Militärbehörde wird folgendes bekannt gemacht:

Es ist den Druckereien, Graveuren streng verboten, Urkunden aller Art (Ausweise, Reisedokumente usw.) oder Stempel nach dem vorstehenden Modell anzufertigen.

Es wird außerdem darauf aufmerksam gemacht, daß allein die zuständige Behörde die Formulare dieser Urkunden auszufüllen berechtigt ist.

Die Zuübertragung ist strafbar.

Alsfeldheim a. Rh., den 6. Februar 1919.

Der Landrat.

Befreiung der Raubennester.

Zur Befreiung der Raupen ist es erforderlich, ihre auf den Objekten und in den Bäumen vorhandenen Nest abzuschneiden und zu verbrennen. Es steht zu erwarten, daß die wachsende Bevölkerung in ihrem eigenen Interesse schon der ersten Anregung zur Entfernung der Raubennester bereitwilligst nachkommt.

Demnächst soll dann die Bäume und Bächen einer Befreiung zu unternehmen. Wo sich herausstellt, daß die Besitzer jener Auflösung nicht oder nur mangelhaft folge lassen haben, können dieselben gemäß § 288 Nr. 2 des Reichsstrafgesetzes bestraft und außerdem mittels polizeilicher Zwangsvorführung gemäß § 133 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1888 angehalten werden, die angeordneten Maßregeln binnen zu bestimmter Frist gründlich auszuführen, währenddessen dies auf Kosten der Schädlinge geleistet werden. Ergibt eine Befreiung, daß die Anordnung nicht befolgt ist, so kann die Reinigung sofort durch angemessene Leute bewirkt und die Kosten von dem Besitzer zwangsweise eingezogen werden. (Vergl. meine allgemeine Verfügung vom 1. Juli 1888 2. 2012.)

Rodenheim a. Rh., den 3. Februar 1919.

Der Landrat.

Die deutsche Präsidentenwahl.

Die Weimarer Nationalversammlung ist augenscheinlich die alleinige Inhaberin der ganzen Reichsgewalt. Wenn die Gewalt des Reiches einer Persönlichkeit übertragen werden sollen, so muß dieses Amt des Reichsverwalters erst von der Nationalversammlung beauftragt werden. Diese verfassunggebende Volksversammlung kann gleichzeitig auch den ersten Inhaber dieses Amtes berufen. Daher ist in dem Entwurf der vorliegenden Reichsverfassung vorgesehen, daß der erste

Dienstag, den 11. Februar 1919

70. Jahrgang

Reichspräsident von der Nationalversammlung gewählt werden.

Damit ist aber keineswegs entschieden, daß auch die künftigen Reichspräsidenten aus einer parlamentarischen Wahl hervorgehen sollen. Dieser Thron wird ausdrücklich als Provisorium, als Lütticher bezeichnet. Er wird nicht auf eine bestimmte Zeit eingesetzt, sondern sein Amt soll nach § 7 nur dauern, "bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der Reichsverfassung, d. h. der endgültigen, gewählt wird." Die künftige Ordnung der Dinge bleibt also auch in diesem Punkte offen. Insbesondere die Frage, ob das Reichsoberhaupt aus einer Parlamentswahl oder aus einer unmittelbaren Volkswahl hervorgehen soll.

Die ausländischen Republiken bieten uns für jeden Fall ein Muster. In Frankreich wird der Staatspräsident vom Kongress gewählt, d. h. von den Deputierten und den Senatoren in gemeinsamer Sitzung zu Versailles. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika geht der Reichspräsident aus der Volkswahl hervor; freilich nicht aus einer unmittelbaren Abstimmung der Urwähler, sondern durch die Vermittelung von Wahlmännern (Electoren), die in den einzelnen Bundesstaaten gewählt werden.

Die Verschiedenheit des Wahlverfahrens schafft einen bedeutenden Unterschied in der Würde und der Macht des Präsidenten. Das französische Staatsoberhaupt ist ein Geschoß des Parlaments und hat von Amts wegen eigentlich nichts weiter zu tun, als genau den jeweilig wechselnden Tagesordnungen des Parlaments den jeweils passenden Ministerpräsidenten zu benennen und im übrigen zu repräsentieren. Wenn er einen weiteren Einfluss auf die Politik haben will, so muß er sich dennoch durch seine persönliche Einwirkung verschaffen. Dagegen steht der amerikanische Präsident als Volkswähler gleichberechtigt neben dem Parlament. Die Minister sind keine persönlichen Gehilfen, nicht die Beauftragten des Parlaments. Er braucht auch einen oppositionellen Mehrheit im Parlamente nicht zu weichen und hat ein gewisses Einspruchrecht gegen Beschlüsse, die ihm nicht gefallen. Das amerikanische Vorbild empfiehlt sich also in der Hinsicht, daß eine Zentralgewalt mit mehr Kraft und Sicherheit geschaffen wird, die auch gegenüber zweisätzigen Beschlüssen der jeweiligen Parlamentsmehrheit ein gewisses Gegengewicht in die Wagschale zu werfen hat.

Andererseits ist das Wahlverfahren bei einer Volksabstimmung beschwerlich für die Wählermasse und schwierig in seiner Vorbereitung. In Nordamerika ist die Präsidentenwahl im wesentlichen ein Ringkampf zwischen den beiden großen Parteien, den Republikanern und den Demokraten. In Deutschland haben wir ein solches System von zwei partizipativen Halbtugeln noch nicht. Das Mitglied der Electoren würde bei uns in Erinnerung an die preußischen Wahlmänner wenig Anlang finden. Bei einer unmittelbaren Volksabstimmung dürfte man jedoch der Würde der Urwähler nicht mehr als zwei Kandidaten zur Stichwahl vorstellen. Wer soll die Entscheidung über die Doppelladung treffen, ohne daß sich die eine oder andere von unseren großen Parteien vergrauligt fühlt?

Wollten wir uns nun dem französischen Vorbild anschließen und dem Parlament die Wahl überlassen, so brauchen wir ein Seienschiff zu dem französischen Kongress. Aus der verfassunggebenden Nationalversammlung wird sich ein einfacher Reichstag entwickeln unter dem Namen des Volkshauses. Ihm soll nach dem vorliegenden Entwurf ein Staatenhaus zur Seite stehen, das bei unserer Bundesstaatlichkeit eine Gliederung sein Daseinsrecht hat. Das Staatenhaus darf bei der hochwichtigen Wahl des Reichsverwalters nicht ausgeschaltet werden. Da es aber nur 50 bis höchstens 70 Mitglieder haben kann, läßt es sich nicht einsach mit dem Volkshaus zu einem Kongress vereinen; die wenigen Duhend von Staatenvertretern würden von den 421 Abgeordneten eindrückt werden. Ein vernünftiger Wahlgangswert wäre also nur möglich, wenn das Staatenhaus zu diesem Zwecke durch weitere Vertreter aus den Bundesstaaten auf eine Starke gebracht würde, die dem französischen Staat entspricht.

Das sind einige von den Dornen, die am Rosenstrang der künftigen Präsidentenwahl sich zeigen werden. Die Nationalversammlung hat eine große Menge von politischen und technischen Schwierigkeiten zu lösen. Zu beseitigen sind die Erzählten wahrlich nicht. Niederrhein ist schneller und leichter gemacht als Aufbauen. Das zeigt sich in vielen großen und in tausend kleinen Fragen.

Zum Präsidenten der Nationalversammlung.

Wie man hört, wird die Wahl Dr. David sein. Wenn die Sozialdemokratie den Platz des Reichspräsidenten und den Reichskanzlerposten besetzt hat, wird Dr. David seinen parlamentarischen Präsidentenstuhl einem Vertreter des Zentrums, vermutlich Lehrenbach, räumen. Die Sitzungen der Nationalversammlung werden begleitet durch häufige Sitzungen der Fraktionen und Verbänden zwischen den einzelnen Fraktionen. Die Arbeitsbereitschaft des Parlaments wird erst hergestellt sein, wenn Mehrheitssozialisten, Zentrum und Demokratie die einigende Platt-

form für eine gemeinschaftliche Übernahme der Regierungsgeschäfte gefunden haben. Das ist bis zur Stunde trotz aller gegenteiligen Nachrichten noch nicht der Fall. Es wird vielmehr noch weiter verhandelt.

Die Fraktionsstärke.

Nach dem ersten Verzeichnis der Mitglieder der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung haben sich die Fraktionen in Weimar folgender Stärke angemeldet: Deutsche Nationalpartei 42, Deutsche Volkspartei 21, Zentrum (und Bayerische Volkspartei) 88, Deutsche demokratische Partei 75, Unabhängige sozialdemokratische Partei 22, Sozialdemokraten 163 Mitglieder; als fraktionlos bezeichneten sich 10 Herren (4 Deutsch-Hannoveraner, 4 Bayerischer Bauernbund, 1 schleswig-holsteinischer Bauernbund, 1 braunschweigischer Landeswählverbündler).

Die Frauen.

Die Zahl der Frauen in der Nationalversammlung beläuft sich auf 36 davon gehören zur Deutschen Nationalpartei 3, zur Deutschen Volkspartei 1, zum Zentrum 6, zur Deutschen demokratischen Partei 5, zur Unabhängigen sozialdemokratischen Partei 2, zu den Sozialdemokraten 19. Die Unverheiraten haben übrigens den Sammelnamen Frau abgelehnt, wie beabsichtigt war, sondern wünschen Fraulein genannt zu werden. Auch die Hoffnung ist bestreitigend gelöst, alle Damen erscheinen in der Nationalversammlung hübsch. Interessant ist eine Übersicht über den Beruf der Abgeordnetinnen. Es sind ohne Beruf 11, Schriftstellerin 7, Lehrerin und verwandte Berufe 7, Sekretärin 6, Arbeitnehmerin 3, Fürsorgerin 1, Vorsitzende eines Gewerbevereins 1.

Der Flugdienst.

Der Flugpostdienst Berlin-Weimar, der befürchtet seit dem 6. bis 11. im Ganzen ist, arbeitet nach den bisherigen Erfahrungen gut. Die Flugzeuge haben bis jetzt bis zu 242 Passagiere und 60 Kilogramm Zeitungen auf einmal befördert. Die kürzeste Flugzeit betrug 1½ Stunden.

Ein 25-Milliarden-Kredit gefordert.

Wie die "Deutsche Allgemeine Zeitung" berichtet, steht an erster Stelle auf einer der nächsten Tagesordnungen der Nationalversammlung das Rotogesetz für die vorläufige Reichsregierung. Ist das Gesetz angenommen, so entfällt der letzte Nachteil der Alliierten, die Regierung als nicht beglaubigt hinzustellen. Nicht minder wichtig ist die Kreditvorlage. Es sollen 25 Milliarden gefordert werden. Diese gewaltige Summe ist mit der Tatsache begründet, daß die Ausgaben des Reichshaushalt sich noch um ein echtes über den Kriegsjahrs erhöht haben. In dem seit dem 9. November abgelaufenen Vierteljahr belaufen sie sich auf 12 Milliarden.

Die Nationalversammlung.

2. Sitzung.

An den Tischen für die Reichsregierung und die Vertreter der Einzelregierungen: Ebert, Noske, Bissell, Erzberger, Schäfer und andere.

Um 3½ Uhr eröffnete Allerpräsident Pfannkuch die Sitzung.

Eine Anzahl von Begrüßungstelegrammen und Adressen wird verlesen.

Allerpräsident Pfannkuch: Wir treten in die Tagesordnung ein. Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführers.

Schriftführer Abg. Dr. Pfeiffer führt die Liste beim Namensaufruf.

Allerpräsident Pfannkuch verliest das Ergebnis der Präsidentenwahl. Von den abgegebenen 397 Stimmen haben erhalten: Dr. David (Arbeiterklasse) 374 (Weiß), Dr. Cohn (Unabhängige Soz. 1), Dr. Heine (Deutschland. Volksp. 1), Lehrenbach (Zentrum) 1. 22 Jetz waren und schrieben abgegeben. (Zurufe: Aba, die Unabhängigen!)

Dr. David nimmt die Wahl an, dankt dem Allerpräsidenten für seine Tätigkeit während der Nationalversammlung für das betriebene Vertrauen. Er verspricht sein Amt gerecht und unparteiisch zu verwalten. Gewaltige Ausgaben hatten unser Krieg und Revolution haben das alte Regierungssystem zerstört und zertrümmert. Der alte Bau ist zusammengebrüzt. Wir wollen einen neuen errichten. Dieser Neubau soll ein schöner, wohnlicheres Haus für unser politisches Zusammenleben sein. An Stelle des früheren, auf Vorrechten Einzelner und der staatsbürglerlichen Bevorzugung aufgebauten Sohnes soll eine auf voller staatsbürglerlicher Gleichberechtigung beruhende Demokratie treten. (Lebhafter Beifall) Demokratie, das war bis vor kurzem in Deutschland noch ein recht über belebendes Wort. Es mag auch heute den einen oder den anderen rückwärtigen Geist geben, den ein unbehagliches Gefühl besiedelt beim Auseinander dieses Wortes. Und doch ist Demokratie der Ausdruck des höchsten politischen Ideals. Die Demokratie legt, indem sie dem Volle die Rechte der Selbstbestimmung gibt, auch die hohe Pflicht der politischen Selbstzucht jedem einzelnen auf. (Sehr gut!) Das demokratische Recht des Einzelnen findet seine Grenze in dem demokratischen Recht

der Anderen. Nur bei gegenseitiger voller Achtung der demokratischen Macht kann ein solches Staatswesen gediehen. Auch in diesem Hause muss diese Würde der Demokratie gelten. Dieses Haus soll eine Stätte des freien Wortes sein. Ein Präsident hat darüber zu wachen, daß dem so ist. Über dieses Haus soll auch eine Stätte der freien Unterordnung des Einzelnen unter den Willen und das Werk der Gesamtheit sein. Lassen Sie uns alle bestrebt sein, durch unseere Arbeit den Beweis zu erbringen, daß Deutschland ein für die Demokratie reises Land ist. (Beifall.) Hart werden die Meinungen auseinanderplätschen. Aber nie sollen wir vergessen, daß die Augen der Millionen, die uns hierhergezogen haben, ja die Augen der ganzen Welt, auf uns gerichtet sind, und seien wir uns auch dessen wohl bewußt: Nicht Worte nur erwarten unser in Not und Dual seufzendes Volk von uns, sondern Taten. (Lebhafte Zustimmung.) Nur durch rasches schöpferisches Wirken werden wir das Vertrauen realisieren, daß man auf uns sieht. Redner spricht sodann über Elsaß-Lothringen. Als er die Hoffnung ausspricht, die Vertreter Deutsch-Ostpreußens in nicht allzuferner Zeit als Kollegen in unserer Mitte willkommen heißen zu dürfen, antwortet das Haus mit lebhaftem Beifall und Händeschütteln. Dr. David schlicht: So möge denn von Weimar eine Flutmenge aufgehen, die die Herzen unseres Volkes erwärmt, die seine Seelen durchleuchtet in dieser düsteren Zeit nationalen und persönlichen Leidens, um mit neuem Lebensmut und neuer Kraft aus dem finsternen Tale der Gegenwart den Aufstieg zu finden zu einer lichteren und glücklicheren Zukunft. (Lebhafte Beifall.)

Es folgt die Wahl von drei Vizepräsidenten mit gleichen Rechten. Gewählt werden Abg. Schrenck (B.Z.), Dr. Haumann (Dem. Partei) und Dietrich (Deutschnat. Volkspartei).

Es folgt die Wahl von drei Schriftführern. Das Ergebnis wird in der nächsten Sitzung bekannt gegeben.

Nächste Sitzung Samstag 3 Uhr: Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt. Schluss nach 5.30 Uhr.

3. Sitzung.

Präsident Dr. David eröffnete die Sitzung um 3.25 Uhr. Zunächst wurde eine Reihe weiterer Glückwunschaussichten und Telegramme vorgelesen.

Sodann wurde das Ergebnis der Schriftführertreffen bekanntgegeben. Gewählt sind: Richard Fischer (Mehrheitssozialist), Dr. Neumann-Hoser (Dem. Partei), Stübben (Mehrheitssoz.), Dr. Pfeiffer (Zentrum), Kempke (Deutsch. Volksgr.), Böls (Centr.), Wallerich (Deutschnat. Volksgr.) und Frau Agnes (Unabhängige).

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Staatssekretär Dr. Preuß ergriff das Wort zur Begründung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt. Er sah u. a. aus: Die Schaffung einer Verfassung für das Reich liegt Ihnen ob. Der Verlust und die Vollmacht zur Schaffung dieser Verfassung liegen in der Souveränität der Nation. Deutschland wird eins sein, ein Reich, regiert vom Willen des Volkes unter der Mitwirkung aller seiner Mitglieder. Wenn über manches Zweifel beruhigen mögen; die Förderung der Einheit ist die Forderung der ganzen Nation. Heute ein Volk nach schweren Kriegsleidern, nach dem Verlust eines der gewaltigsten Armeen der Weltgeschichte, ein Volk aber, dem die Art, wie es an der Front und hinten im Lande, diese schweren vier Jahre durchgestanden hat, das Recht gibt auch nach dem Verlust dieses Krieges vertauensvoll in die eigene Zukunft zu blicken, auch gestützt auf die Leistungen und auf die Tüchtigkeit des Volles an der Hoffnung festzuhalten, daß es auf diesen Sturz einen Aufstieg aben wird und geben muß, für den die Grundlagen zu legen, der hohe heilige und schöne Verlust dieser Versammlung ist. (Lebhafte Bravo!) Es bedarf das, was durch die Revolution geschehen ist, nunmehr der rechtlichen Ordnung und Fundamentierung durch diese hohe Versammlung. Das Reich als solches, die Gesamtheit der deutschen Nation, von der wir nach den Kundgebungen dieser Tage hoffen und erwarten dürfen, daß sie sich durch den Eintritt unserer deutschen Brüder in Österreich verwirklichten wird, ist der erste Gedanke, den wir in den neuen Zustand hinschaffen. Auch in den Minuten der letzten Vergangenheit ist in allen Stürmen und Zwischenfällen, die mit dem revolutionären Zustand un trennbar sind, im großen und ganzen der ordnungsmäßige Gang der Geschäfte im wesentlichen aufrecht erhalten worden. Und ich glaube, an dieser Stelle den Kräften des Beamtenums, die sich ohne Rücksicht auf politische Überzeugung in den Dienst der Aufrechterhaltung der vaterländischen Ordnung und der Erledigung der vaterländischen Geschäfte gestellt haben, Anerkennung auszusprechen zu dürfen. (Beifall.)

Der Staatssekretär begründet dann die einzelnen Punkte des auch von uns veröffentlichten Verfassungsentwurfs und schließt: Wie es bei einem Kompromißvorschlag nicht anders sein kann, wird das, was vorgeschlagen wird weiteren Zeilen nicht gesellen, dem einen zu viel, dem andern zu wenig gebend. Das kann nicht anders sein; aber die Hoffnung möchte ich aussprechen dürfen, daß der Gedanke, der diesem Kompromißvorschlag zugrunde liegt, der Gedanke der Vereinbarung, der Gedanke, auf dem Wege des möglichst geringsten Widerstandes dem neu zu schaffenden Deutschen Reiche sobald wie möglich eine anerkannte Regierung zu geben; daß dieser Gedanke auf allen Seiten dieser hohen Versammlung Anfang finden möge. Es wird zugleich der erste und wahrlich nicht bedeutungslosste Schritt zum Wiederaufstieg des deutschen Volkes sein. (Beifall.)

Vizepräsident Haumann: Berichtserstattungen liegen nicht vor. Die erste Beratung ist geschlossen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag, den 10. Februar, nochmals 3 Uhr: Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die vorläufige Reichsgewalt — Schluss nach 4 Uhr.

Die neue Regierung.

Die internationalen Besprechungen über die Befreiung der Regierungsvorsteher dauern fort. Es heißt, daß die Arbeitssozialisten jetzt neben dem Reichspräsidenten auch das Präsidium in der Nationalversammlung besetzen wollen, sodass Dr. David sein Amt weiter behalten wird. Dem Zentrum ist dafür der Posten des Ministerpräsidenten angeboten worden. Die Personenfrage ist noch nicht entschieden.

Zur Lage im Osten.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Bei den in den letzten Tagen mit Vertretern des polnischen Obersten Volksrates von Bo-

sen in Berlin gepflogenen Verhandlungen erklärte die preußische Regierung im Einverständnis mit der Reichsregierung, daß sie durch die jüngste Entwicklung in der Provinz Posen entstandene Lage in seiner Weise den Entscheidungen des Friedenskongresses vorzugeben vermöge, daß gemäß dem Waffenstillstandsvertrag im Osten die Reichsgrenzen vom August 1914 anzuerkennen seien, und daß innerhalb dieser Grenzen die staatliche Souveränität beim Deutschen Reich beziehungsweise beim preußischen Staat stehe. Infolge dieser Rechtslage hielt die preußische Regierung das Vorhandensein einer polnischen Armee innerhalb politischer Besitzgewalt innerhalb der deutschen Reichsgrenzen für unmöglich und forderte ihre Auflösung. Ferner forderte sie die Wiedereinführung der preußischen Behörden, soweit sie auf der Ausübung ihrer Amtstätigkeiten durch die Polen behindert seien und erlaubte, nur solche Behörden für zuständig anzusehen zu können, die von der preußischen Regierung eingesetzt waren oder anerkannt würden. Der polnische Oberste Rat erkannte zwar den Rechtsgrundpunkt der preußischen Regierung nach der formalen Seite hin an, erklärte aber, die daraus preußischerseits hergeleiteten Forderungen angesichts der tatsächlichen, durch die entstandene Bewegung eingetretenen Verhältnisse nicht erfüllen zu können, insbesondere schätzte er die verlangte sofortige Waffenabgabe ab. Stattdessen fordigte er vor, die Verhandlungen auf zwei Wochen zu verlängern und während dieser Zeit beiderseits die Kampfhandlungen einzustellen. Die preußische Regierung hat darauf im Einverständnis mit der Reichsleitung dem polnischen Obersten Volksrat mitgeteilt, daß die Einstellung der Kampfhandlungen nur unter der Bedingung vereinigt werden könne, daß keine polnischen bewaffneten Formationen innerhalb der deutschen Reichsgrenzen verbleiben.

Die Bolschewisten.

Es sind über die Kräfteverhältnisse der Bolschewisten widersprechende Nachrichten verbreitet. Infolgedessen widersprechen sich auch die Ausschreibungen von der Gefahr, die der Bolschewismus für uns bedeutet. Von unterschiedenen militärischen Stellen wird die Gefahr als sehr groß bezeichnet. Die Sowjetarmee sei durch den Terror, mit dem sie gelebt wird, zu einem starken Werkzeug der bolschewistischen Machthaber geworden. Es gehören ihr außer den bolschewistischen Elementen Rotgarden, Kalmücken und Asiaten des weiteren Ostens an, die sich als Soldaten haben anwerben lassen. Letten dienen aus nationalen Gründen. Die Mannschaften werden durch den hohen Sold von durchschnittlich mehreren hundert Rubeln monatlich angelockt. Die Offiziere erhalten sehr viel mehr. Unter den Offizieren befinden sich sehr viele, die aus der zaristischen Armee stammen. Sie werden zur Erfüllung ihres Dienstes durch teuflische Mittel gezwungen, daß man ihre Familien als Geiseln gehalten hält und sie, wenn die Offiziere sich weigern, ihren Dienst zu verrichten, ohne Gnade erschiebt. Trotz des darniederliegenden russischen Wirtschaftslebens verfügen die Bolschewisten über eine ausreichende Fabrikation von Waffen und Munition. Außer der uns entgegengesetzten Front ist die wichtigste bolschewistische Front diejenige zwischen Wolga und Don, welcher die russische Freiwilligenarmee gegenübersieht. Diese Freiwilligenarmee enthält in mehreren Divisionen ganze Regimenter aus Offizieren und Unteroffizieren. Es fehlt ihnen indes außerordentlich an Geschützen. Um so höher ist es zu bewerten, daß sie kürzlich einen großen Erfolg gegen die Bolschewisten erzielt haben, der sich auch sofort an der Ostpreußen genüberstehenden Front bemerkbar macht. Unsere 8. Armee stehen drei Sowjet-Divisionen gegenüber, unserer 10. Armee 30 000 Mann Sowjettruppen. An dieser Front ist ein Stillstand eingetreten. Einzelheiten suchen die Bolschewisten dort sowohl in ihren eigenen Reihen, wo nicht alles stimmt, wie auch bei unseren Truppen durch verkleidete Agenten agitatorisch auf die Verbündung hinzuwirken, damit sie kampflos bis zur ostpreußischen Grenze vorrücken können. Die Ausschreibung, daß die bolschewistische Gefahr für Ostpreußen gering sei, ist falsch. Die bolschewistischen Truppen haben keinen Lebensmittelknappheit, deshalb wird sie schon der Hunger über die ostpreußische Grenze treiben. Die übrigen Fronten der Bolschewisten sind von geringerer Bedeutung.

Polen.

Die "Krodi Niwy" meldet aus Warschau vom 4. Februar: Nach dem bisherigen Ausfall der Wahl für die polnische Nationalversammlung wurden 480 Abgeordnete des Nationalen Blocks, 80 Sozialdemokraten und 12 Juden gewählt.

Neue Unruhen in Berlin.

Samstag mittag 1 Uhr belämmerte Regierungstruppen den Befehl, die Gegend zwischen dem Alexanderplatz nach dem Bahnhof Börse abzusperren und dort Haussuchungen nach Waffen vorzunehmen. Diese Regierungstruppen leisteten in der Neuen Schönhauserstraße, Ecke Weinmeisterstraße und Münzestraße, „siedende Händler“ kräftigen Widerstand. Die Händler weigerten sich, die Straße zu räumen, worauf die Regierungstruppen in den Kampf eingriffen. Kurz nach 1 Uhr fielen die ersten Schüsse. Bald darauf wälzten sich die ersten Verwundeten im Blute. Bis gegen Abend waren fünf Tote und dreißig Verwundete gezählt. Die Gegner der Regierungstruppen erhielten von allen Seiten Zuspruch. Sie gingen gegen die Regierungstruppen vor mit dem Rufe: Rieder mit den Blutbünden Ebert-Scheidemann! Gegen den späten Abend dehnten sich die Kämpfe aus. Es scheint, daß bis zum Alexanderplatz der Kampf sich ausdehnt. Der frühere Polizeipräsident von Berlin, Giehler, soll der Führer des neuen Putschs sein.

Allerlei Nachrichten.

Ein früherer Vorfrieden.

* Amsterdam, 10. Febr. Nach einer Pariser Meldung ist man sich in den dortigen politischen Kreisen der großen Bedeutung der letzten Sitzung der Friedenskonferenz bewußt. Man will bestimmt wissen, daß die Prämisse bereits Mitte oder Ende März beginnen und zur Vorlage an die Parlamente bereit sein sollen. Nach einem Pariser Blatt soll die von Deutschland zu zahlende Kriegsschädigungssumme mehrere hundert Milliarden Mark betragen.

Spartakus.

(b.) In dem Weinstaurant Görlitz in Düsseldorf in der Graf-Adolf-Straße erschien Donnerstag abend gegen 8½ Uhr ein etwa 20jähriger Matrose. Im norddeutschen Dialekt gab er sofort Feierabend. Von den wenigen anwesenden Gästen wurde doggen Einspruch erhoben. Er wiederholte seine Aussage, indem er seinen Revolver zog. Hierauf erhielt er als Antwort von einem anwesenden Kellner eine Ohrfeige, worauf sich der Spartalist entzweit. Das Lokal wurde sofort vom Inhaber geschlossen. Nach etwa zehn Minuten erschienen von dem in der Nähe befindlichen Hauptbahnhof ungefähr 15 bis 20 mit Gewehren bewaffnete Spartalisten und verlangten Einlaß. Zweie von ihnen drangen von der Rückseite in das Lokal ein. Der vorher erschienene Matrose forderte die Anwesenden auf, die Hände hochzuheben, schob hierauf mit seinem Revolver auf den anwesenden Meiermeister Schäfer aus Düsseldorf, welcher ins Herz getroffen, tot niedersank. Der Inhaber, seine Frau und die Kellner wurden in der Nacht zur Wache der Spartalisten geführt und erst gegen 3 Uhr entlassen. Während dieser Zeit haben die in dem Weinstaurant befindlichen Spartalisten Küche und Keller des Weinstaurants verraubt.

Eine Einigung gegen die Ordnung.

In einer stürmisch verlaufenen Einigungsversammlung der beiden sozialdemokratischen Richtungen in Essen wurde die Notwendigkeit einer Einigung der sozialistischen Gruppe im Hinblick darauf als notwendig bezeichnet, daß die Truppen, die jetzt in Bremen eingerückt seien, demnächst auch in Düsseldorf und Essen marschieren würden. Dazu müsse innerhalb 26 Stunden die gesamte Arbeit im Ruhrkreis lahmgelegt werden können. Nach langen Auseinandersetzungen ist ein geschlossenes Vorgehen der Mehrheits- und Unabhängigen Sozialisten bei den Stadtverordnetenwahlen auf der Grundlage vereinbart worden, daß jede Gruppe die Hälfte der Kandidaten stellt. Im übrigen sollten Grund des Erfurter Programms zu gemeinschaftlichen.

Bremen.

(b.) Die neue provvisorische Regierung hat folgende Verfügung erlassen: Alle seit der Revolution auf Anweisung der Regierung Ebert-Scheidemann durch das Kriegsministerium erlassene Verfügungen und Befehle, die von den bisherigen Machthabern nicht anerkannt wurden und deren Durchführung dadurch nicht vollzogen ist, treten unverzüglich in Kraft. Alle militärischen Stellen Bremens haben daher ohne Verzögerung alle Bestimmungen des Kriegsministeriums, die jetzt noch ihre Gültigkeit haben, durchzuführen.

Die Berufs-Arbeitsgemeinschaft Weser ist ohne Widerstand der Spartalisten besiegt worden. Daran ist auch der ganze übrige Rest der Stadt Bremen, in dem sich nach die Spartalisten halten von den Truppen der Division Gerstenberg belebt worden. Kämpfe haben in der Stadt nicht mehr stattgefunden. Doch haben Anwohnerstraße der letzten Tage viel Schaden in der Stadt angerichtet. Auch der Dom erhielt erhebliche Beschädigungen. Die Spartalisten haben anschließend die Waffen zum größten Teil abgegeben. Ein Teil ist nach Norden abgewichen. Die Division Gerstenberg hat neue bedeutende Verstärkung erhalten. Auch auf den Anwerbeorten hat sich eine große Anzahl Freiwilliger zur Aufnahme gemeldet.

Die Schäden der Beschleistung sind besonders in der Neustadt ziemlich bedeutend. Das Zentrum der Stadt hat weniger gelitten als angenommen wurde. Die genaue Zahl der Toten und Verwundeten steht noch nicht fest, jedoch zählte man bereits bis zur Erfüllung des Überganges über die Große Wasserbrücke 14 Tote und 79 Verwundete, unter denen sich auch mehrere Zivilisten, die mit dem Kampf nichts zu tun hatten, befanden.

Der Papst und Frankreich.

(*) Abi Demirte, der unlängst vom Papste in Audienz empfangen wurde, erklärte in der französischen Presse über die Beziehungen Frankreichs zum Vatikan, der Papst sei von verschämlichem Geiste beeindruckt. Wenn die französische Regierung guten Willen zur Nachgiebigkeit zeigen wollte, könnte die Frage leicht zur Zufriedenheit beider Teile gelöst werden. Es handele sich nicht um einen Gang nach Canossa, sondern um eine offene Beratung religiöser Fragen mit dem Papste.

Erfurt.

Staatssekretär Rosse hat an den Soldatenrat in Erfurt telegraphiert, daß es im Krautmarkt Widerspruch zu den Anordnungen der Reichsregierung und der Landesregierungen stände, daß in Erfurt laufende von Gewehren an die Zivilisten ausgehändigt worden sind. Nach Ablauf von vier Tagen erwartet die Reichsregierung Bericht über die Frage der abgelieferten Gewehre. Der Staatssekretär hat einen Befehl darüber gegeben, daß, wenn die Entwaffnung nicht zustande käme, die erforderlichen Maßnahmen veranlaßt werden müssten.

Weil sie kein Geld mehr bekommen.

Großes Aufsehen erregte in Berlin die Meldung von einem Telegramm der Regierung an den Marinrat. Darauf sei der Zentralrat der Marine im Reichsmarineamt vor 25 auf 6 Mann ermächtigt. Vom 7. bis 15. März ab würden Gebühren nicht bezahlt. Der Vertreter des Marine-Soldatenrates erklärte, die Matrosen würden nach den Stationen gehen und der Kampf würde an der Wasserkante von neuem beginnen.

Tagesgeschichte.

Die Kohlennot.

Besserung der Wagengestellung.

In der Wagengestellung ist im Auhrevier in den letzten Tagen eine erhebliche Besserung zu verzeichnen. Während vor zwei Wochen täglich 15—16 000 der eingeforderten Waggons schließen, wurde dieses Minus in den letzten Tagen auf 1500—1800 reduziert. Diese Besserung der Wagengestellung ist darauf zurückzuführen, daß die Abgabe von offenen Wagen an den Verband beendet ist; die Abgabe der anderen Wagen nimmt ihren Fortgang. Die Eisenbahnverwaltung hofft, daß die Besserung in der Wagengestellung anhalten wird; allerdings muß davor gewarnt werden, sich in dieser Hinsicht übertriebenen Erwartungen hinzugeben, weil die Knappheit an Lokomotiven ein erhebliches Hindernis für die rechtzeitige Auseinandersetzung der Wa-

gen an die einzelnen Zechen und Hüttenwerke bildet. Die Kohlenverfrachtung auf dem Rhein-Herne-Kanal nach dem Westen konnte bisher mit 10 000 Tonnen täglich ausreichend werden, während die Kohlenverfrachtung nach dem Dortmund-Ems-Kanal und weiter wegen des eingesetzten Verkehrs durch die Eisenbahn zu den Klippen in den Duisburg-Duisroter Häfen bleibt weiterhin ungenügend.

Das Saargebiet.

Wie Berne Zeitungen aus Mecklenburg melden, soll das Saargebiet wirtschaftlich und hinsichtlich seiner Versorgung mit Elsaß-Lothringen gleichgestellt werden.

Deutsches Entgegenkommen.

(zu) Wie die Telegraphen-Union mitteilt hat die deutsche Waffenstillstandscommission in Spa an den Engländer angeboten, die in Konstantinopel durch Absturz außer Betrieb gesetzte Turnebahn durch Überleitung eines in Deutschland fertig liegenden Kabels wieder betriebsfähig zu machen.

Aus dem besetzten Gebiete.

Mainz, 7. Februar. (Kraubmord.) Donnerstag Nacht wurde der Zigarrenhändler Max Gassler in seinem Zigarrenladen in Mainz, Emmeranstraße 22, ermordet. Die Ladenlosse wurde beraubt. Es ist anzunehmen, daß der Täter auch Zigaretten in größerer Menge und Lose verschiedener Art sich angeeignet hat.

Niederrad, 7. Februar. (Gelandet und noch nicht anerkannt.) Ende September wurde im Main bei Niederrad die Leiche einer unbekannten Frau gefunden. Anscheinend war die Unbekannte eine Verlängerin, sie war 1,55 Meter groß, schlank, dunkelblond und hatte graue Augen. Bekleidet war sie mit schwarzen, halblangen Mantel, dunkelblauem Rock, weißer Bluse, grünem und weißem Unterröck, weißer Unterwäsche, braunen Halbschuhen und grauen Samschen.

Von der Mosel, 7. Februar. (Weinbau.) Am Weingeschäfte herrschte ziemlich Ruhe. Nur von Wintern wurden in letzter Zeit einige Einschüsse gemacht. Ein festes Preis besteht zurzeit noch nicht; die Preise schwanken von Tag zu Tag. Nach älteren Jahrgängen, von denen allerdings keine größeren Vorräte mehr am Platze sind, besteht keine Nachfrage. Der Neue, von dem noch ansehnliche Quantitäten überall lagern, entwölft sich von Tag zu Tag immer mehr zu einem vorzüglichen Qualitätswert. Trotz der nicht gerade günstigen Witterung ist in den Reben fleißig gearbeitet worden. Da jetzt genug Arbeitskräfte vorhanden sind, sieht die Winzergesellschaft mit Zuversicht der kommenden Zeit entgegen.

Köln, 7. Februar. (Wahlstatistisches.) Die statistischen Feststellungen auf Grund der amtlichen Wählervorstellungen aus den einzelnen Kreisen des Bezirks Köln-Nachen haben das Ergebnis gebracht, daß — entgegen der bisher vorwiegend gegenteiligen Meinung — die Wahlbeteiligung bei den Männern stark war als bei der Frauennachwelt. Letztere ist bei der erstmalige Ausübung des ihr verliehenen neuen Rechtes hinsichtlich ihrer Beteiligung um mehrere Prozent hinter der Männerwelt zurückgeblieben.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

8—10 Grad Kälte.

[*) Aus dem Rheingau, 10. Februar. „Wenn die Tage beginnen zu langen, kommt der Winter gegangen“. Diese alte Regel kommt auch dieses Jahr wieder voll zur Geltung. Auf leisen Sohlen kam er angeschlichen, der alte, kalte Mann mit seinem Pelzmantel. Mit freizügiger Hand hat er der Natur ihr weiches Gewand gelassen. In glänzender Pracht liegen Wald und Flur und das Himmelszelt weht mit unzähliger Hand einen düstigen Schleier darüber, durch den der Mond mit freundlicher Miene lächelt. Lange jedoch wird des Winters Nacht nicht mehr dauern. Mit warmem Hauch läßt die Sonne bei Tag die winterliche Pracht und wie ein Frühlingsschein zieht durch die Natur. Des Dichters Worte behaupten doch stets ihr altes Recht:

„Und breut der Winter noch so sehr
Mit trockenem Gedärden,
Und streut er Eis und Schnee umher,
Es muß doch Frühling werden.“

Postcheckkunden.

des Postcheckamtes Frankfurt a. M., die im besetzten Gebiet wohnen, kann auf Antrag für die Dauer der Besetzung des Verkehrs mit dem unbefestigten Gebiet ein Konto bei den Postcheckämtern in Köln oder Ludwigshafen eröffnet werden.

Beschwörung.

* Erbach-Rheingau, 10. Februar. Das Wohnhaus von Herrn Christian Ulmeroth (früher Bienstadt'sches Haus) in der Oberbacherstraße ging durch Kauf in den Besitz des Herrn Johann Busch über. Ferner verkaufte Herr Georg Weiss sein Wohnhaus in der Neugasse an Herrn Josef Dohndahler. Preise sind bei beiden Objekten unbekannt.

Fahrraddiebstahl.

Geisenheim 10. Februar. Am Donnerstag Abend hatte ein französischer Soldat vor dem Rathaus, auf welchem er zu tun hatte, sein Fahrrad stehen lassen. Ein aus der Hofschilder'schen Wirtschaft kommender auswärtiger Schiffmann sah das Rad, schwang sich darauf und fuhr davon. Der Soldat brachte das Fehlen des Rades gleich zur Anzeige. Die angestellten Nachforschungen ergaben die oben angegebenen Tatsachen. Herr Gendarmeriebeamter Weishaar und Herr Polizeisegeant Mohrholz begaben sich sofort mit einem von den französischen Belagerungsstruppen zur Verfolgung gestellten Auto auf die Verfolgung des Diebes und veranlaßten die Durchsuchung der Rheinschiffe, die auch den Erfolg zeitigte, daß oberhalb Mainz auf einem Schiffe das Rad gefunden wurde. Der Täter wurde verhaftet und mit dem Rad gestern Abend nach hier verbracht. Er geht sehr stenger Strafe entgegen. Es kann als Glück für unsere Stadt bezeichnet werden, daß sich der unangenehme Zwischenfall so rauh und restlos aufgelöst hat, da er sonst für unsre Stadt unabdingbare Folgen hätte haben können. (G. 87)

Pässe nach Ablauf sofort abliefern.

+ Geisenheim, 10. Februar. Schon oft ist die Warnung ergangen, abgelaufene Pässe sofort auf dem Rathaus abzuliefern und sie unter keinen Umständen nach Ablauf weiter zu benutzen. Gestern sind wieder 2 junge Mädchen, die abgelaufene Pässe benutzt hatten, von der Kommandatur bestraft worden und zwar je mit 50 Pf. Geldstrafe. Wir können deshalb die Warnung nicht oft genug wiederholen, die Pässe sofort nach Ablauf abzugeben. (G. 87)

Warnung.

G. B. Rüdesheim a. Rh., 10. Februar. Der französische Kreisverwalter hat den Einwohner Kropp aus Eltville mit einer Gefängnisstrafe von 1 Monat und einer Geldstrafe von 100 Mark bestraft, weil derselbe sich einem Offizier gegenüber, in Gegenwart der Truppe und der Zivilbevölkerung, in ungehörlicher Form benommen hat.

Klarstellung.

G. B. Rüdesheim a. Rh., 10. Februar. Herr Karl Dr. Eichenberg, wohnhaft in Wiesbaden, teilt der Distriktsbehörde in Wiesbaden mit, daß er nicht identisch ist mit Herrn Sanitäter Dr. med. Friedrich Eichenberg, Adolfsallee 47, welcher vor kurzem wegen Beleidigung einer Belgierin, die er mit den Worten: „Pourrie de France“ beschimpfte, die sechs Monate Gefängnis, 500 Mark Geldstrafe und 5 Mark Entschädigung verurteilt wurde.

Wegen Veröffentlichung von Truppenschiebungen der Besatzungskarne, worin eine Zuüberhandlung gegen die Pressevorschriften des Kommandierenden Generals der 10. Armee vom 9. Januar ersichtlich wurde, sind die „Saarbrücker Zeitung“ und die „Saarbrücker Volkszeitung“ für zwei Tage verboten worden.

Verbotene Zeitungen.

* Weil sie in dem Besitz neuerer Nummern einer Frankfurter Zeitung gewesen, wurde eine Frau aus Egelsbach in eine Geldstrafe von 800 Pf. genommen.

— Zwangsbeschlagnahmung von Eiern. Die bisherige Zwangsbeschlagnahmung von Eiern wird, nach der „Ost. Parl.-Kort.“, auch für das Jahr 1919 fortgesetzt. Das preußische Landesamt für Nahrungsmitte und Eier hat deshalb die entsprechenden Anordnungen für die Zwangsablieferung von Eiern durch die Hühnerhalter getroffen.

— Schneefälle und Wintersaat. Die Niederschläge der letzten Tage haben eine ausgiebige Schneedecke über ganz Deutschland verbreitet. Sie hat im allgemeinen eine Höhe erreicht, die unsere Saaten auch vor der kalten Frost schützt, und die Landwirte zuversichtlich der Überwinterung entgegenblicken läßt. In sich schneereiche Winter immer willkommen, da die Schneeflocke in höherer Wache als der Regentropfen organische Stoffe dem Boden als Düngemittel zuführt.

— Frühe Kartoffelernte! Nicht nur für den eigenen Bedarf, auch für den Markt müssen wir möglichst frühzeitig neue Kartoffeln haben. Ein einfaches Verfahren, um etwa vier Wochen früher Kartoffeln ernten zu können, ist folgendes: Kartoffeln legt man in flache Kästen, die man sich in den Abendstunden leicht selber zimmern kann, und zwar mit dem Kopf (Augenseite) nach oben. Diese Kästen stellt man in helle und warme Zimmer oder Ställe und lasse die Kartoffeln dort feiern. Stellt man Kartoffeln zum Reimen an das Licht, entwölft man sich fröhliche Keime, die nicht länger wie bis zu 1 bis 2 Monaten wachsen und sogar kleine Blätter bilden. Man verpflanzt die getriebene Kartoffel aber erst, wenn die Erde gehörig warm ist, pflanze die Kartoffel nicht zu stark und nicht zu nahe aneinander und häuse sie später sorgsam. Daß man nur mittelgroße Kartoffeln zum Pflanzen nimmt, ist genügend bekannt.

— Handel und Lebensmittelverteilung. Durch Rundschreiben des Reichsnährungsamts an sämtliche Bundesregierungen sind Richtlinien über die Behandlung der Konsumvereine und des Großhandels in der Wareverteilung, die spätestens bis 15. März in Kraft treten, ausgegeben worden. Hierdurch sollen jene Konsumvereine, die einen Jahresumsatz von 200 000 Mark nachweisen, als Großstädte behandelt werden. Die zur Verteilung gelangenden Waren sind ihnen unter gleichen Bedingungen und Preisen wie den privaten Großhändlern zu liefern. Den Konsumvereinen müssen, sofern sie es verlangen, alle von ihnen vor und während des Krieges geführten und neu zur Verteilung gelangenden Gattungen von Verteilungswaren durch die verteilenden Stellen überwiesen werden. Die Höhe der Anteilung richtet sich nach der Zahl jener Mitglieder des Vereins, die für sich und ihre Familienangehörigen aus der eigenen Organisation die Waren beziehen wollen. Um die Zahl der hier in Betracht kommenden Personen festzustellen, müssen die Vereine diesbezügliche Erklärungen ihrer Mitglieder einholen und sie auf Verlangen den Behörden vorlegen. Für die Produktionsbetriebe müssen die Konsumvereine mit Waren ebenfalls in der Weise beliefert werden, daß alle Mitglieder die Produkte aus ihrem Verein entnehmen können. Der Großhandel und damit auch die Großrausgesellschaft deutscher Konsumvereine sollen bei den Bezirkszentralen miteingeschaltet werden. Zu diesem Zwecke soll in allen Bezirkszentralen das Bezugsstellenystem nach dem Dortmunder System eingeführt werden. Die Vorteile dieses Systems bestehen darin, daß die Gemeinde dem Kleinhändler nach Maßgabe der bei ihm eingetragenen Kunden Bezugsrechte aushändigt, die dann der Kleinhändler einem ihm beliebigen Großstädten über gibt, der ihm die Waren zu beliefern hat. Der Konsumverein wird diesen Bezugschein seiner Großrausgesellschaft übertragen und wird auf diese Weise wieder wie in Friedenszeiten durch seine Organisation geleistet werden. In ähnlicher Weise vollzieht sich der Geschäftsvorlehr zwischen Großstädten und Kleinhändlern heute schon bei Zucker und Kaffee-Ersatz. Es wird sich nunmehr durchführen lassen bei Nahrungsmitte, Brotaufstrichmitteln und ähnlichen Waren. Von welchem Zeitpunkt ab weitere Artikel in gleicher Weise zur Verteilung kommen können, läßt sich noch nicht übersehen. Es wird jedoch mit einem weiteren Ausbau dieses Systems gerechnet werden können.

— Vergebt Aufträge! Arbeiten oder wir gehen zu Grunde! Das ist die Lösung des Tages. Viele Handwerksmeister und Gewerbetreibende wollen gern arbeiten und könnten noch zahlreiche Arbeitslose beschäftigen, wenn ihnen von den zahlreichen Auftraggebern die noch immer zurückgehaltenen Aufträge übertragen würden. Es ist ganz falsch anzunehmen, die Arbeiten würden in abschätziger Zeit billiger werden. Daher sei noch einmal an alle Behörden und Privaten

die dringende Bitte gerichtet, alle zurückgehaltenen Aufträge zu vergeben und damit beizutragen, daß Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Wenn der Auftraggeber noch weiter zurückhalten wie bisher, dann ist der Zusammenbruch unvermeidlich.

— Ohne Bezugsschein. Eine abermalige Erweiterung der Freiliste ist, wie der „Konfessionär“ mitteilt, von der Reichsbefreiungsstelle beschlossen worden. Vom 2. Februar an dürfen ohne Bezugsschein verlaufen werden Stoffe aus Wolle, halfwolle und Kaninchenwolle, die bis einschließlich 130 Centimeter breit liegen, Blankstoffs und Plüsch in jeder Breite, Kleider, Mäntel, Hölzer, Umhänge, Morgenröcke, Jacken und Blusen aus Wolle, Halfwolle oder Kunstwolle für Frauen und Mädchen.

Kleine Meldungen.

Schiebungen. Die zahllosen Schiebungen, die beim Verlauf von Heeresgut, insbesondere von Pferden, vorgekommen sind, haben viele Klagen veranlaßt. Im Anschluß daran wurde vom Generalrat beschlossen, dem Antrage des Kriegsministeriums zu entsprechen welches für die Herbeischaffung zu unrecht erworbene heimelige Pferde vor Schlacht vorgesehen. Vor verschiedenen Seiten ist dem Generalrat die Aufforderung zugegangen, gegen derartige Machenschaften mit allen Mitteln vorzugehen.

Die Tuberkulose hat auch in Frankfurt während des Krieges erheblich zugenommen. Die städtische Tuberkulosekommission hat deshalb beschlossen, Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Volkskrankheit in verstärkter Weise zu ergründen vor allem durch Ausbau der Beratungsstelle. Der seitherige jährliche städtische Zufluss von 8000 Mark wird auf 40 000 Mark erhöht.

Erschossen. Als die Gendarmerie in Erbach erschossen bei Limburg mehrere fremde Leute dort überraschte, als sie heimlich Pfeffer ausschütteten, entspann sich eine Schieberei. Hierbei wurde der 71jährige Mai aus Elsoss von einem bei der Gendarmerie tötigen Feldgrauen erschossen.

Im Schlafwagen. Um Reisenden, die aus Anlaß der Nationalversammlung nach Weimar fahren, ohne sich dort anderweitig Unterkunft gesichert zu haben, vorübergehend Wohnungsmöglichkeit zu bieten, ist auf dem Hauptbahnhof Weimar ein aus Schlaf- und Speisewagen zusammengefügter Zug aufgestellt, in dem Halbwiege tagweise für eine oder zwei Personen abgegeben werden.

Vier Kinder verbrannten. Aus Essen wird berichtet: Bei einem in einem Hause in der Mathiasstraße ausgebrochenen Brand verbrannten vier Kinder einer Familie.

Erschredende Bissens. Der durch die Arbeitsentziehung und die vermindernde Arbeitsleistung der Bergarbeiter entstandene Kapitalerlust im obersächsischen Industrieviertel seit Ausbruch der Revolution wird nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ auf rund 273 Millionen Mark beziffert, der Wert der in dieser Zeit weniger geförderten Kohle auf 180 bis 190 Millionen Mark.

Die Tanzwut herrscht allenthalben, wie in Berlin und anderen Städten, in denen das Kriegsgewinnertum und toll gewordene Bevölkerungsschichten sich im Vergnügungsraum über das drohende Verhängnis hinwegzugehen versuchen, so auch in München. In der bayerischen Hauptstadt hat die Tanzwut so zügellose Formen angenommen, daß sogar der Münchner Arbeiterviertel sich dagegen auflehnt. Er stellt die Forderung, daß öffentliche Tanzunterhaltungen ganz zu verbieten seien, weil das schwere Treiben den Karneval aus Friedenszeit weit hinter sich lasse und die Gewinnsucht der Tanzlokalinhaber keine Grenzen mehr kennt.

Auf eine Mine gelangen. Der schwedische Dampfer „Sphyrn“ fuhr auf eine Mine und ging unter. Damit hat die schwedische Handelsflotte durch den Krieg bisher 180 Schiffe mit zusammen 202 232 BRT verloren.

Tragödie. In Mailand hat sich eine Tragödie abgespielt, die in ganz Italien großes Aufsehen erregt. Der früher auch in Deutschland sehr bekannte Professor der Hygiene an der Universität Genua, Luigi Pessi, ist in seiner Mailänder Klinik von dem eifersüchtigen Ehemann einer Patientin erschossen worden. Dann erschoss der Mörder, ein tunesischer Kaufmann, einen Krankenwärter und töte zuletzt sich selbst.

Weinzeitung.

* Bechtheim, 6. Februar. Der Winzerverein dahier verkaufte 10 Stück 1918er Weißwein zu 4000 Pf. das Stück, ferner einen Wagon (7 bis 8 Stück) zu 4300 Pf. pro Stück. — Der Winzerverein Alsdorf verkaufte 100 Stück 1918er zu 4200 Pf. pro Stück.

Weinhöchstpreise in der Pfalz.

* In Besprechung von Vertretern der Regierung, der Befreiungsgruppen, der Weinräder, der Wirt und Verbraucher in Neustadt wurde beschlossen, in Nähe Höchstpreise für Wein beim Erzeuger festzusetzen.

Verantwortlich: Adam Etienne, Deitsch.

Briskaten.

Abonnement S. S. in G. Nachstehende Zellen mögen zur Erklärung und Aufklärung in Bezug auf die Meinungsverschiedenheiten, die über das Wesen der Handgranate entstanden sind, dienen. Der Erfinder einer kriegsbrauchbaren Handgranate ist der Engländer William Hale, der ihr die heutige Form gab. Man unterscheidet Handgranaten mit Zeit- und Aufschlagszünder. Die gebräuchlichsten Arten von Handgranaten im deutschen Heere sind die Stiel- und Verbandgranaten. Andere Heere verwenden solche mit besonderer Schleudervorrichtung. Die beiden Arten im deutschen Heere sind mit Zeitzündung versehen, das heißt, sie zerpringen nach Herausziehen des Reiters aus der Füllung. Durch die Zündung wird ein Sündigkeit entzündet, der die Sprengladung zur Wirkung bringt. Das Zerpringen der beiden Arten, sowohl der Stiel- als auch der Verbandgranate heißt Explosion oder auch Detonation. Ein anderer Ausdruck hierfür ist nicht gebräuchlich. K. Sch.

Beim Ausgehen

Legitimationskarten

nicht vergessen!

Die ausserordentlich grosse Anzahl der bei dem Heimgang
unseres lieben

Herrn Georg Müller

gewidmeten Zeichen treuer Teilnahme macht es uns unmöglich, dieselben einzeln zu erwidern. Allen Mitfühlenden sei hierdurch warmer Dank gebracht.

Die Hinterbliebenen.

ELTVILLE, den 11. Februar 1919.

Bekanntmachung.

Die Fabrikarbeiterin Frau Philometa Friedrich in München hat beantragt, ihren verschollenen Ehemann, den ehemaligen Krankenwärter Johann Steph. Friedrich, zuletzt wohnhaft in Hattenheim a. Rh., für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert sich spätestens in dem auf den 30. Oktober 1919, vorm. 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 16, anberaumten Aufgabstermin zu melden, wibrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen, zu erteilen vermögen, geht die Aufforderung, spätestens im Aufgabstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Amtsgericht Rüdesheim a. Rh., den 29. Januar 1919.

Die Haltung und Verpflegung der beiden Zuchtbullen

ist vom 1. April 1919 ab auf 5 Jahre an zwei Landwirte neu zu vergeben.

Die Bedingungen können auf dem Rathause eingesehen werden.

Angebote mit Angabe der Forderung sind mit bis Freitag, den 14. Februar 1919, vorm. 11 Uhr, verschlossen mit entsprechender Aufschrift einzureichen.

Destrich, den 8. Februar 1919.
Becker, Bürgermeister.

Grundstückverkauf.

Am Montag, den 17. Februar 1919,
nachmittags 6 Uhr,

lädt der Weingutsbesitzer Friedrich Noh 1. in Winkel seine in der Winckeler und Johannisberger Gemarkung befindlichen Grundstücke in der Wirtschaft „zum Hasenprung“, Johannisbergerstraße 26, unter günstigen Bedingungen öffentlich zum Verkaufe auszubieten.

Güter-Versteigerung.

Donnerstag, den 13. Februar, vormittags,
11 Uhr, lädt Frau Seb. Josef Kupperschoen Bw. ihre in Destricher Gemarkung gelegenen Weinberge unter günstigen Zahlungsbedingungen öffentlich meistbietend auf dem Rathause zum Verkaufe auszubieten.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme
ansächlich des Hinschlebens und der Beerdigung
unserer lieben teuren Schwester

Gertrude Friedrich

sagen wir innigen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Destrich u. Frankfurt, den 11. Febr. 1919.

Möbel-Besichtigung.

Am Mittwoch, den 12. ds. Mts.

Donnerstag, den 13. ds. Mts.,

nachmittags zwischen 2 und 4 Uhr,

kennen in Mittelheim, Hauptstraße 31, die demnächst zu versteigern Möbel und sonstigen Haushaltsgegenstände der verstorbenen Frau A. Wölfel von Interessenten besichtigt werden.

Der Versteigerungstermin wird in der nächsten Nummer dieses Blattes noch bekannt gegeben.

Geschäfts-Empfehlung.

Habe mein Geschäft als

Bau- u. Möbelschreiner

eröffnet und bitte um geneigten Zuspruch.

Achtungsvoll

Christoph Janz,

Winkel a. Rh., Graugasse Nr. 6.

F. W. Kinkel, Gerberei und Lederfabrik

Heidesheim (Rheinhessen) und Mainz

übernimmt das Gerben von Grosshäuten

sowie von Kalb-, Ziegen- u. kleinen Fellen.

Ankauf von Robbhäuten und Fellen

In jedem Umfang.

Fabrikation von Lederwaren, Spezialität Kumte,

Geschirre, Treibriemen, Massenartikel.

Privat- u. Volkswirtschaft

in Technik und Praxis,

alles was Handel und

Wandel, Kontorwissenschaft

und Fertigkeiten angeht, sei

es Buchhaltung nach allen

Systemen, Briefverkehr,

Kontrollurkunde, Bürger-

liches, gewerbliches und

tausmandinisches Rechnen,

Bauwesen, Wechsel- und

Scheinkunde, Konto-Korrent-

rechnung noch allen Systemen,

Vermögensverwaltung,

Stenographie, jerner aber

auch ausgewählte Kapitel

der Rechts- u. Gesellschaftslehre

u. lehrt Damen und

Herren in jedem Lebens-

alter (getrennte Abteilungen)

die laufmännische Privat-

Schule von

Hermann Bein

und

Clara Bein,

Diplom.-Kaufleute u.

Diplom.-Handelslehrer,

Rhein-

strasse 115

Wiesbaden

nahe der Ringkirche,

nach Wahl in Vorm., Nach-

mittags- u. Abendkursen

oder Privatstunden bei

währenden Vorlesungen.

Bei den Kursen sind in

die sämtlichen Unter-

richtsstächer und Vorles-

ungen eingeschlossen. Bei Einzel-

Jägern ist nur eine ein-

malige Zahlung für die

ganze mehrmonatige Dauer

des Unterrichts zu leisten.

Bei Auswärtigen Kurstu-

ntnehmern übernimmt das

Institut einen Teil der

Habekosten. Für Kriegs-

beschädigte beiden Semester-

Kurstunden ermäßiges Honorar.

Beginn neuer Kurse

Anfang Januar.

Weitere Kurskünste werden

bereitwillig jederzeit im

Geschäftszimmer:

Rheinstr. 115, 1. Stock

erteilt. Anmeldungen da-

bei jeweils rechtzeitig vor

Beginn der Monate erbeten.

Umläufe zu Legitimationskarten und Reisepässen

liefer

„Rheingauer Bürgerfreund“

Destrich a. Rh.

Eine gut erhaltene

Mandoline

zu kaufen gesucht.

Offerte mit Preisangabe
unter E. Q. an die Geschäfts-
stelle d. Btg.

Im

Weisszeugnähen

u. „Ausbefern“ empfiehlt
sich in und außer dem Hause

Katharina Kremer,
Winkel a. Rh.,
Johannisbergerstraße 10.

Holzschuhe und

Holzsandalen

in allen Größen vorrätig.

Arthur Salgarten, Winkel

Banknotentaschen

Visitentaschen

Brieftaschen

Necessaires

Notizbücher

empfiehlt

Adam Etienne, Destrich.

Militärstiefel

werden für Kinderschuhe um-
gearbeitet.

Eltville, Schmittstraße 3.

Zum 1. März ein tüchtig
besseres

Mädchen

in Haushalt von 3 Personen
bei gutem Lohn gesucht.

Director Marmann, Eltville
Adolfsstraße 19.

Zitherunterricht

erteilt gründlich

Paul Berg,

Winkel, Hauptstraße 99.
Derselbe lauft auch zu
brauchte Konzert-Zithern.

Imprägnierte u. kanifizierte

Weinbergspfähle

runde und gesägte
Stickel,

1,25, 1,50 u. 1,75 Mt. lang.

Baumpfähle,

2 bis 3,50 Mt. lang.

empfiehlt

Gg. Jos. Friedrich,
Destrich i. Rhg.

— Telephon 70. —

Ein gut erhaltenes

Bett

zu kaufen gesucht oder Ver-
teile. Nähere Auskunft in der
Expedition dieses Blattes.

Suche für sofort tüchtig

Hausmädchen,

das schon in besserem Ha-

tätig war, sowie

besseres Mädchen

in Krankenpflege, Nähen u.

Bügeln erfahrene.

Frau Oberamtmann C. Stoffel

Nehof bei Hattenheim a. Rh.

Zu verkaufen:

1 Bettstelle,

2 Rückenbretter,

1 Tischlampe,

1 Reiseplatte,

Einige Meter Maschendraht.

1 Liegesessel.

Näh. Winkel, Bachweg 2.

Gut erhaltener

Herd

gegen Umtausch von Leinen
mitteln abzugeben.

Hattenheim, Hauptstr. 10.

Großes helles